

Nach einem Jahrzehnt des fortlaufend scheiternden Friedensprozesses (1) ergänzt der Staat Israel sein siedlungspolitisches Faktenschaufenster um die Methoden nackter militärischer Gewalt. Für die palästinensische Autonomiebehörde scheint die Al Aqsa-Intifada zu dem Kampf zu werden, aus dem sie als Staat hervorgeht - mit den üblichen kriegsbedingten Geburtsfehlern.

Markus Euskirchen

Israel eröffnet palästinensischen Unabhängigkeitskrieg

Wo bleibt die friedenspolitische Intervention?

Verblendungszusammenhang staatsfixierter Berichterstattung

Die seit Oktober andauernden Kämpfe in Israel und Palästina begannen nach dem durch den israelischen Oppositionsführer Sharon auf dem Tempelberg bzw. al-Aksa provozierten militärischen "Zwischenfall" vom 28. September 2000. Kein Kommentar fragte nach der Rolle der Regierung. Denn wie erlangt ein Oppositionsführer Zugriff auf die Streitkräfte ohne den Willen oder wenigstens das Einverständnis der zuständigen Regierung, der die Armee in einer Demokratie untersteht? (2) Die Presse behandelt den Kampf, der auf der einen Seite mit Steinen und Molotovcocktails, auf der anderen mit Scharfschützen, Raketen und Hubschraubern ausgetragen wird, als Auseinandersetzung zwischen ebenbürtigen Gegnern. Der verharmlosende Begriff der "Gummigeschosse" ist nur eines der auffälligeren Beispiele. Nach einem vergleichbaren Muster stehen die täglichen Toten auf palästinensischer Seite unkommentiert neben den verletzten israelischen Soldaten. Über die tatsächliche militärische Ausstattung, die Rüstungslieferungen der USA und der BRD, sowie die daraus resultierenden Möglichkeiten der israelischen Armee (IDF) findet sich kein Wort.

Palästinensische Wohngebiete werden Nacht für Nacht mit Granaten und Raketen beschossen. (3) Gab es in den ersten Nächten noch Ansagen bezüglich Zielgebiet und -objekt, verliefen die Angriffe zunehmend unangekündigt und für die palästinensische Zivilbevölkerung völlig unvorhersehbar. Eine kritische Darstellung der Kriegführung und Befehlslagen durch der IDF findet nicht statt. Drastisches Beispiel hier: Die IDF definiert als Kind alles, was dem Augen-

(1) Vgl. zu Oslo I: *ami* 6/93, S. 23ff.; 3/94, S. 26f.; und zum Wye-Abkommen: 2/99, S. 29ff.

(2) Baruch Kimmerling: "Blame Barak, not Sharon", *Haaretz*, 4. 10. 00

(3) "Auf eigene Faust" z.B. ausgehend von www.wpsr.org/mideast/palislinks.html oder auf der Seite der israelischen Tageszeitung *Haaretz*: www2.haaretz.co.il/special/mo-unt-e/ bzw. bei der einzigen palästinensischen Tageszeitung in Englischer Sprache, der *Jerusalem Times*: www.jerusalem-times.net

(4) Vgl.: "Don't shoot till you can see they're over the age of 12", Amira Hass und ein Scharfschütze der IDF im Gespräch; in: Haaretz, 20.11.00, www2.haaretz.co.il/special/mount-e/a/337626.asp

(5) Als historiographischen Einstieg in die Materie empfehle ich: "The Origin of the Palestine-Israel Conflict" (Published by Jews for Justice in the Middle East), Third Edition including the 2000 Intifada, www.cactus48.com/truth.html, 7.1.00; oder auch: Chomsky, N.: *Fateful triangle: The United States, Israel, and the Palestinians*, Cambridge, Mass. 1999; Baumgarten, H.: *Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948*, Frankfurt/M. 1991; siehe auch die Chronik "10 Jahre 'Friedensprozess'" am Schluß dieses Artikels.

(6) Vgl.: *ami* 3/99, S.21ff.

(7) *Financial Times*, 22.10.00; *New York Times*, 22.10.00

(8) Vgl. den Versuch, aus den Unterlagen der israelischen De-

schein nach jünger als 12 Jahre alt ist. Für diesen Augenschein bleiben den israelischen Scharfschützen wenige Sekunden. Die toten 13, 14, 15jährigen auf palästinensischer Seite sind Ergebnis eines regulären Schießbefehls der IDF und der zugrundeliegenden Definition von "Kind". (4)

In den Medien, vor allem in der Fernsehberichterstattung, herrscht eine allgemeine Angst, sich zu positionieren. So bezieht vordergründig neutrale Berichterstattung über unausgewogenen Verhältnisse unter der Hand Stellung für die Stärkeren. Sie verhindert die notwendige Kritik an der aggressiven israelischen politischen Klasse, ihrer staatlichen Rüstungs-, Militär- und Kriegspolitik. Sie reduziert die eskalierenden Konfliktfaktoren und -akteure auf ein unpolitisches Zweilagerdenken: Hüben Kollektivwesen Israel - drüben Kollektivwesen Palästinenser. Hinzu kommt der offen vorgetragene Fatalismus: Keiner weiß eben, was zu tun ist. Auch ich präsentiere hier kein Patentrezept. Ich plädiere nur für eine verschobene Perspektive, gebe einige Einblicke und Anregungen zum Weiterlesen und -machen und sehe darin schon ein qualitatives Mehr im Vergleich zur gängigen Herangehensweise. (5)

Die strukturelle Gewalt des "Friedensplanes"

Die Kampfhandlungen der letzten Wochen zementieren mit militärischen Mitteln die Vorstellungen der final status map, die die US-Amerikaner zusammen mit den Israelis zu den dann gescheiterten Camp David-Verhandlungen im Juli 2000 mitgebracht hatten (vergleiche die satirisch zugespitzte Abb. 1). Dieser Plan sieht die Kantonisierung der Gebiete vor, die Israel 1967 besetzte. Dabei sind Mechanismen eingeplant, die sicherstellen, daß fruchtbares Land und wertvolle Ressourcen (hauptsächlich Wasser) in israelischen (Siedler-) Händen bleiben, während die Bevölkerung von einer autoritären und korrupten Autonomiebehörde (6) verwaltet wird. Das Modell erinnert in gewisser Weise an die Trabantstaaten innerhalb Südafrikas zu Apartheidzeiten.

Die israelische Wirtschaftswelt profitiert von Exporten in die besetzten Gebiete in Höhe von jährlich 2,5 Milliarden US-\$. (7) Die legalen und illegalen Billigarbeiter aus den Palästinensergebieten sind vom israelischen Arbeitsmarkt nicht wegzudenken. Die sukzessive Verlagerung von ökologisch bedenklichen Produktionsabläufen in die Palästinensergebiete (als "Aufbauhilfe" für den Staat im Werden) beteiligt die palästinensischen Eliten an den Ausbeutungszusammenhängen und komplettiert das Bild der strukturellen Gewalt ge-



Israel
the 95% version
 Would any Israeli accept a peace agreement that would leave Israel with these borders?

Palestine
the 95% version
 Why should any Palestinian accept a peace agreement that would leave Palestine with these borders?

Grafik: <http://www.gush-shalom.org/>

zeit und in der letzten Zeit durchgehend für Palästinenser gesperrt werden können) voneinander auch geographisch - also nicht nur durch einen Strich auf der Landkarte - getrennt. Auch innerhalb dieser Kantone liegen israelische Siedlungen, die ein Straßennetz miteinander und mit Israel verbindet, das nur von Israelis benutzt werden darf. Der innerpalästinensische Verkehr muß also zum überwiegenden Teil auf Schleichwegen stattfinden (und selbst die rechte Karte in Abb. 1 malt noch schön, da sie die innere Zerteilung der drei Kantone durch das israelische Straßennetz ausblendet). Außerdem sind die Palästinenser abgeschnitten von (Ost-)Jerusalem, dem Zentrum des palästinensischen Lebens. (8)

Ähnlich läuft es ab im Gaza-Streifen: Dort besetzt Israel die südliche Küstenregion (0,65% der Bewohner des Gazagebietes - die israelischen Siedler - beanspruchen 42% des Küstenstreifens und 20% der Fläche) und eine kleine Siedlung (Netzarim), die kaum mehr darstellt als die Begründung für die massive Militärpräsenz im Gebiet und die Straße, die den Gaza-Streifen südlich von Gaza City nach dem obigen Muster zerteilt.

Akteure der Gewalt

Der Blick der Öffentlichkeit beschränkt sich auf die Vermittlungsbemühungen auf dem großen diplomatischen Parkett -

gen die palästinensische Bevölkerung.

Das Westjordanland wird so grob dreigeteilt: Ein nördlicher Kanton enthält Nablus und andere palästinensische Städte, das Zentrum des mittleren Teils bildet Ramallah und der südliche Teil umfaßt Bethlehem und Hebron; Jericho soll Exklave bleiben.

Diese Gebiete sind durch strategisch angelegte Siedlungen und Regionalstraßen (die jeder-

legation bei den Camp David-Verhandlungen 2000 eine Landkarte zu produzieren in "Die Siedlungen stehen im Zentrum der Auseinandersetzungen"; in: *Le Monde Diplomatique*, Dezember 2000, 14f.; eine weitere kartographische-statistische Beschreibung des Status-Quo bei 'Peace Now':

www.peacenow.org.il/English.asp?Redirect=4&Category-ID=45&ReportID=38. Dort gibt es auch eine 23seitige (!) Powerpoint-Präsentation mit dem Kartenmaterial und den demographischen Fakten: www.peace-now.org/documents/DemographicMap/Presentation.ppt (9) www.jerusalemite.org/un.html; Liste aller Sicherheitsrats-

resolutionen betreffend Israel-Palästina von 1953 bis 1990: www.jerusalemite.org/resolutions2.html

(10) www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH00pq0 am 4.1.01; Dokumente zur israelischen Außenpolitik allgemein: www.mfa.gov.il/mfa/go.asp?MFAH00yk0

(11) Alleine der Begriff ist schon erheblich vorbelastet: Siedler kommen immer dort zum Zuge, wo es 'unbesiedeltes' Land 'in Besitz zu nehmen' gilt - wie im amerikanischen Westen, wie in den nazistischen 'Lebensraumvorstellungen' von Osteuropa...

(12) vgl. Amira Hass: "Israelische Siedlungen: Die Politik der vollendeten Tatsachen"; in: *inamo* 23/24 (6) 2000, S. 15ff.

(13) "Im gleichen Zeitraum verzeichnete das Kernland Israel

ein Bevölkerungswachstum von 4,9% (1996: 5,8 Mio. Einwohner, 1998 6,0 Mio. Einwohner). [...] Der Trend ist eindeutig: Da die Siedlungswohnungen billiger und größer sind und eine durchschnittliche israelische Unter- oder Mittelklassenfamilie sich normalerweise eine solch hohe Lebensqualität im Grünen nicht leisten kann, werden die Siedlungen für die Israelis zunehmend attraktiver. [...] Eine etwa gleich große Zahl von Israelis - rund 180.000 - wohnen in der Region Jerusalem auf besetztem Gebiet. 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet Jerusalems um weitere 71 km² - 24 km² davon gehörten Palästinensern, die enteignet worden waren - um darauf Juden anzusiedeln. Auf diesen 71 km² leben zwischen 200.000 und 230.000 Palästinenser, denen nur 11,2% des Landes blieben. Für Israelis wird im annektierten Teil Jerusalems unvermindert weiter gebaut." Amira Hass: "Israelische Siedlungen: Die Politik der vollendeten Tatsachen"; in: inamo 23/24 (6) 2000, 15; zum Streit um die Enteignungen in Jerusalem: ami 7-8/95, S. 39ff.

(14) Meist wird auch hier noch einmal unterschieden: Ökologische Siedler sind solche, die auf der Suche nach besserer Luft oder weniger Lärm "aufs Land" ziehen - vor allem ins palästinensische Umland von Jerusalem. Es bleiben die sog. Security Settlers, die direkt nach 1967 von der israelischen Regierung an strategisch wich-

die bewegten Bilder von händeschüttelnden Staatsmännern vernebeln das Verständnis der mittlerweile nur noch vom Experten überschaubaren Menge der UN-Resolutionen (9) und Friedenspläne. (10) Und es gibt kaum ein verbreitetes Wissen über die verschiedenen Akteure auf beiden Seiten des Konflikts, deren unterschiedliche (De-)Eskalationsinteressen oder die diesen zugrundeliegenden Lebensbedingungen.

Über den Haupteskalationsfaktor des Konflikts bekommen wir so gut wie nichts zu hören: Die Siedler. (11) Gäbe es das Problem der staatlicherseits inselartig in die meist selbst inselartigen Palästinensergebiete implantierten israelischen Siedlungen nicht, wäre eine gewaltfreie Regelung des Konflikts zwischen dem (etablierten) israelischen Staat und einem (im Entstehen begriffenen) palästinensischen Staat schon lange kein Thema mehr. (12)

"Die Zahl der Siedlungen ist in den neunziger Jahren rasant gestiegen. Gab es Ende 1996 nach offiziellen israelischen Angaben 146.900 Siedler, waren es ein Jahr später bereits 160.200 und Ende 1998 172.000, was einer Steigerungsrate von über 17 % entspricht. Laut Siedlererrat gibt es 1999 193.680 israelische Siedler in palästinensischen Gebieten (ohne Ost-Jerusalem). [...] Diese Zahlen verdeutlichen, wie in den ‚Oslo-Jahren‘ der israelisch-palästinensischen Verhandlungen sämtliche israelischen Regierungen, ob unter dem Likud oder der Arbeitspartei, den Siedlungsbau in den von Israel besetzten Gebieten förderten. Im Jahrzehnt der Friedensverhandlungen nahm die Zahl der Siedler um mehr als das Doppelte zu, von etwa 92.000 (1991) auf fast 200.000 heute." (13)

Diese Siedler lassen sich nach ihrer Siedlungsmotivation unterteilen: Ca. 90% der Siedler aufgrund ökonomischer Gründe (14), angelockt z.B. von den Grundstückspreisen, die manchmal nur ein Fünftel dessen betragen, was "echter israelischer" Boden kosten würde - aber genauso günstig liegen zur Arbeit in der Stadt oder zur Universität. Und so lange der Staat mit seinem Militär alles tut, um die Siedlung zu "schützen"... Die restlichen 10%, d.h. etwa 20.000 Israelis (bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 6 Mio. Menschen) sind sogenannte ideologische Siedler, die ihren Anspruch auf das Land als den einzig wahren und gottesgerechten ansehen. (15)

Von dieser Gruppe werden wiederum weniger als 1000 einem militanten Kern zugerechnet, der selbst bereit ist, in rassistisch-terroristischer Manier gegen Palästinenser vorzugehen und dies auch tut. (16) Diese direkte, nicht-militäri-

sche und nicht-staatliche Gewalt wird ergänzt durch die strukturelle Gewalt, denen sich die Palästinenser in den besetzten Gebieten und angesichts der Siedlungspolitik des israelischen Staates zu unterwerfen haben. Ein Schlaglicht: In einigen Gebieten ist das Wasser für die palästinensischen Wohngebiete rationiert, während Siedler ihre Vorgärten wässern. (17)

Die sogenannte Siedlerproblematik fügt sich in das politisch-militärische "Framework" ein, das nach dem Scheitern der Verhandlungen im Sommer 2000 nun auf die militärische Durchsetzung seiner Vorstellungen setzt. Die hierfür notwendigen Mittel liefert der - nur verglichen mit den sicherlich nicht entmilitarisierten Haushalten anderer westlicher Staaten - hochmilitarisierte Staatsetat. Darüberhinaus werden Israel bereitwillig Mittel zur Verfügung gestellt, denn es spielt als US-Satellitenstaat im Nahen Osten eine strategische Rolle (18)

Anfang Oktober genehmigten die USA die Lieferung von 35 Blackhawk Kampfhubschraubern, Einzelteilen und Flugbenzin im Wert von 525 Millionen US-\$ und schlossen damit eine US-israelische Rüstungsrunde ab, die kurz zuvor mit dem Verkauf von Patrouillenflugzeugen und Apache Kampfhubschraubern begonnen hatte - "the largest purchase of military helicopters by the Israeli Air Force in a decade." (19) Auch die Türkei (20) und die BRD (21) als besonders gehorsame Vasallen der einzig verbliebenen Weltmacht subventionieren ihre Rüstungsindustrien auf Kosten des Friedens im Nahen Osten: Wie schon die schwarz-gelbe Bundesregierung 1995 sichert auch Rot-Grün durch ihre Subventionen für U-Bootlieferungen nach Israel dieses "Investitionssegment" für die deutschen Werften. (22)

Flüchtlingsproblem und Ost-Jerusalem

Untrennbar mit dem Konflikt um die besetzten Gebiet und die Siedlungspolitik Israels verbunden sind die Schicksale der Flüchtlinge und ihrer Familien aus dem israelischen Unabhängigkeitskrieg 1948 und dem Sechs-Tage-Krieg 1967. (23) Mehr als 700.000 Palästinenser mußten 1948 ins Exil. Die UN-Resolution 194 aus dem gleichen Jahr hält fest, daß "die Flüchtlinge, die in ihre Heimat zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, das Recht dazu haben sollten." Derzeit gibt es nach UNO-Angaben mehr als 2 Millionen palästinensische Flüchtlinge, die sich auf Jordanien (ca. 1,5 Millionen), Syrien (ca. 350.000) und den Libanon (ca. 350.000) verteilen. In Jordanien sind die Palästinenser

tigen Stellen plazierte wurden. Heute sind sie eher eine Unsicherheitsfaktor.

(15) Ian S. Lustick: "For the Land and the Lord: Jewish Fundamentalism in Israel", www.sas.upenn.edu/pennncip/lustick/index.html, 7.1.01; vor allem Kap. 6

(16) Vgl. die Chronologie der "Settler Violence" bei www.alternativenews.org/, eines israelisch-palästinensischen Informationsnetzwerks.

(17) Vgl. Amnesty International: "Israel/Occupied Territories in 2000 annual report", www.web.amnesty.org/ai.nsf/countries/israel/occupied+territories, 7.1.01

(18) Anteil der Militärausgaben: am Gesamthaushalt: Israel 17,9%, USA 3,3%, UK 2,7%, Kanada 1,2%. Vgl.: www2.haarretz.co.il/special/defence-e/. Durch die "außenpolitische Brille" zur Rolle der USA, Ägyptens, Syriens und der BRD je eigene Aufsätze im Dezemberheft der APuZ: B 49/2000.

(19) Haaretz, 3.10.00

(20) Zu Rüstungszusammenarbeit mit Israel. Vgl.: *ami* 3/98, S. 40ff.

(21) Zu Rüstungszusammenarbeit mit Israel vgl. *ami* 7/98, S. 16ff.

(22) Vgl. *ami* 7/00, 32ff und 10/00, S. 38ff.

(23) Vgl.: Susan M. Akram: "Palästinensische Flüchtlinge im Völkerrecht - eine Neuinterpretation"; in: *inamo* 23/24 (6) 2000, S. 25ff.

(24) *taz*, 24.1.01; Margret Jo-

hannsen: "Palästinas Flüchtlinge"; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/01, S. 149ff.

(25) Vgl. Norbert Mattes: "Wem gehört Jerusalem? in: M. Johannsen, C. Schmidt (Hg.): *Wege aus dem Labyrinth? Baden-Baden 1997*, S.256ff.

(26) So zum Beispiel mit ihrer Siedlungspolitik in Ostjerusalem und dem palästinensischen Umland; vgl. dazu Nazeh Brik: "Jerusalem. Einflüsse einer ethnisch-differenzierten Ideologie auf die Stadtentwicklung", Augsburg 1996; Amos Oz: "Niemand lebt allein in Jerusalem"; in: *SZ* 6.3.97, 9; Heinz-Rudolf Othmerding: "Israel will Jerusalem nicht teilen"; in: *Stuttgarter-Nachrichten* 12.3.99, Online-Ausgabe

(27) Vgl.: Michael Bornkessel: *Die Problemstellung für die provisorische Regelung des Konflikts durch Autonomie: Die Begrenzung des Autonomiegebietes und die Behandlung Jerusalems*"; www.michael-bornkessel.de/hausarbeiten/politik/na-host.html#B

(28) T. Pflüger: "Kriegsprozess in Israel/Palästina", *Graswurzelrevolution* Januar 2000

(29) Vor diesem Hintergrund tatsächlich: Kinan Jaeger: "Der ‚Staat Palästina‘: Herausforderung deutscher Außenpolitik"; in: *APuZ*, B 49/2000, S.31-38.

Die Falle dieser Herausforderung liegt darin, daß deutsche Außenpolitik in erster Linie auf die Herausbildung eines staatlichen "Partners auf gleicher

weitgehend in das politische Leben integriert: Sie haben einen Paß und nehmen an den Wahlen teil. Im Libanon und in Syrien leben die Palästinenser wie in den von Israel besetzten Gebieten mehrheitlich in Lagern. In Syrien dürfen sie nicht wählen. Im Libanon unterliegen sie gesonderter Überwachung, sind vom öffentlichen Dienst und von weiteren 70 Berufen ausgeschlossen. (24)

Die Frage des ebenfalls von Israel besetzten Ostteils von Jerusalem war bei den sog. Friedensverhandlungen der 90er Jahre ausdrücklich ausgeklammert. (25) Das israelische Militär besetzte 1948/49 den Westteil der Stadt (ca. 66 Prozent der damaligen Stadtfläche). Mehrere 10.000 arabische Einwohner des besetzten Teil Jerusalems wurde schon damals vertrieben. Die Israelis konnten jedoch den überwiegend von Arabern bewohnten Ostteil der Stadt nicht erobern. Erst 1967 besetzten sie während des "Sechs-Tage-Krieges" das restliche Jerusalem. Israelischen Plänen von einer israelischen Hauptstadt Gesamt-Jerusalem (26) stehen die UN-Resolutionen 242 und 338 entgegen. Sie liefern den Palästinensern eine völkerrechtliche Grundlage für ihre Forderung nach geteilter Souveränität über Jerusalem und Rückgabe des 1967 annektierten, direkt an das Westjordanland grenzenden Ostteils der Stadt als Hauptstadt für ihren Palästinenserstaat. (27) Der Komplex Hauptstadtfrage-Besetzte Gebiete-Siedler-Flüchtlinge bildet - oberhalb der strukturellen Unterdrückung bestimmter Bevölkerungsgruppen - den Kern der Konfliktursachen.

Partei ergreifen gegen die Gewalt!

Um aus dem Kontext spezifisch deutscher Geschichte heraus im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse in Israel handlungsfähig bzw. überhaupt erst argumentationsfähig zu werden, hilft eine Klarstellung - eine Übereinkunft über einen kleinsten gemeinsamen Nenner: "Die Deutschen haben zur geschichtlichen Situation in Israel/Palästina aufgrund des Holocaust, der Shoa und Auschwitz nicht unwesentlich beitragen, das Vorgehen der Israelis heute hat viel mit dem Holocaust damals zu tun. Deutsche sind somit - ob sie wollen oder nicht - in den heutigen Konflikt in Israel/Palästina involviert.

- Das Existenzrecht Israels muss klar anerkannt werden.

Grundlage dafür sind die Grenzen Israels vor dem Krieg von 1967.

- Jegliche Vergleiche oder Andeutungen von Vergleichen der derzeitigen Situation mit der während des "Dritten Rei-

ches" verbieten sich von selbst.

- Eine Kritik an heutiger israelischer Politik ist kein Antisemitismus. [Unterstreichung M.E.] (28)

Nun gilt es, sich an den gerade auf israelischer Seite vorhandenen Positionen gegen diesen Krieg mit seinen rassistischen Zügen und strukturellen Methoden zu orientieren. Dieser Krieg wird geführt gegen die Palästinenser und mittlerweile auch zunehmend gegen die palästinensischen Bürger (die sogenannten "arabischen Israelis") Israels. Er wird geführt für die politisch einflußreichen Minderheiten, die ideologischen Siedler und die heute schon korrupte politische Klasse der Palästinenser, der nur noch "ihr" Staat fehlt. (29) Was von einem solchen Palästinenser-Staat zu erwarten ist, zeigt schon heute das bürgerrechtliche Versagen der Autonomiebehörde in Menschenrechtsfragen gegenüber der eigenen Bevölkerung. (30)

Notwendiger erster Schritt ist das Nachdenken über gewaltfreie Strategien trotz der latenten Stigmatisierung durch die sog. Realpolitik und ihre Sachzwänge. (31) Alles fängt an mit der eigenen Mühe um eine bessere Berichterstattung - z.B. durch die Kombilektüre der israelischen Tageszeitung Haaretz (32) und der palästinensischen Jerusalem Times (33) - beide in ihren englischen Online-Ausgaben. Darüberhinaus werde ich an dieser Stelle keinen eigenen Friedensplan präsentieren. Sinnvolle Pläne liegen seit Jahren in den Schubladen und auf den Tischen. Es reicht, darauf hinzuweisen, daß es endlich gilt, die Friedenspläne aus den Organisationen der betroffenen Menschen zur Kenntnis und ernst zu nehmen, (34) bevor 'wir' wieder mit all unserer ignoranten externen Expertise Ratschläge erteilen. Die deutsche Friedensbewegung sollte die Positionen und Forderungen der israelischen Friedensbewegung (35) (die sich oft mit denen von Palästinensern (36) decken bzw. aus Zusammenarbeit heraus entstehen) zur Kenntnis nehmen (37) und alles tun, um diese zu unterstützen. (38) Dabei dürfen wir uns nicht abschrecken lassen von der Vielschichtigkeit, manchmal der amorphen Undurchschaubarkeit der Initiativen, Zusammenhänge, Vorschläge, etc. Genau diese Pluralität im Ansatz eröffnet die Möglichkeit des Dialogs und beinhaltet die Chance für einen Frieden, der diesen Namen verdient. Alles andere birgt die Gefahr eines Pseudo-Friedens, der von Militärs gebracht und geschützt werden muß und immer wieder in sich zuspitzenden Konfliktsituationen zu militärischen 'Lösungswegen' neigen wird ■

Augenhöhe" zielt und damit Gefahr läuft, die strukturelle Gewalt zu zementieren, die ein palästinensischer Staat, wie er sich aus der autoritären "Autonomiebehörde" heraus abzeichnet, bedeuten würde.

(30) So wurden Mitte Januar zwei "Kollaborateure" in Nablus und Gaza von außerordentlichen "staatlichen Sondergerichten" zum Tode verurteilt und öffentlich hingerichtet: vgl.: taz, 15.1.01

(31) vgl. Ekkehart Krippendorff: "Proberstein einer Friedenskultur"; in: Freitag 2, 5.1.01, S.1

(32) www2.haaretz.co.il/special/mount-e/

(33) www.jerusalem-times.net

(34) Vgl.: Dina Craissati: "Neue Soziale Bewegungen in Palästina: Zivilgesellschaft und Demokratie"; in: M.Johannsen, C.Schmidt s.o. S.122ff.

(35) z.B. die Positionen von 'Peace Now': <http://www.peacenow.org.il/English.asp?Redirect=4&CategoryID=5&ReportID=42>

(36) Vgl. z.B. die Forderungen des Arab Human Rights Netcenter: "An Urgent Statement to the Israeli Public", www.arabrights.org/palestine/state-ment/index.html, 7.1.01

(37) Eine weitere lohnende Anlaufstelle: das Online-Netzwerk der israelischen Friedensbewegung bei www.ariga.com/

(38) Vgl. den "Appell aus der israelischen an die deutsche Friedensbewegung", www.tobiaspflueger.de/publikat/Appell.html, 7.1.01